

19.02.2013

Antrag

der Fraktion der FDP

Stromverbraucher von steigenden Energiewendekosten entlasten - Strompreisbremse durch Stromsteuersenkung einführen

I. Ausgangslage

Mit der Energiewende hat Deutschland als erste große Industrienation die Wende zu einem neuen energiepolitischen Zeitalter eingeleitet. Sie wird aber nur dann erfolgreich sein können, wenn für sie auch in Zukunft eine breite Akzeptanz herrscht. Wesentliche Voraussetzung dafür ist, dass bei ihrer Umsetzung die Kosten für Strom und Energie bezahlbar bleiben.

Die vollständige Umstellung unseres Energiesystems ist nicht ohne Mehrkosten zu erreichen. Das Ziel muss aber sein, die Belastungen für Privathaushalte und Unternehmen so gering wie möglich zu halten. Um die Energiewende im Rahmen einer wirtschaftlich vernünftigen, sozial gerechten und nachhaltigen Energiepolitik so effizient wie möglich auszugestalten, sind möglichst marktbasierende Mechanismen anzuwenden und einzuführen.

Als wesentliches Instrument zur Förderung der erneuerbaren Energien hat sich in der Vergangenheit das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) erwiesen. Als effektive Anschubfinanzierung für einen im Entstehen begriffenen Nischenmarkt war es erfolgreich, wird aber nicht mehr den heutigen Bedingungen gerecht. Das EEG ist allein auf den quantitativen Ausbau der Erneuerbaren gerichtet und berücksichtigt weder ihr Zusammenspiel mit den konventionellen Energien noch den Ausbau der Netze. Unzureichende Degressionsvorschriften bewirken eine Überförderung und begünstigen eine Umverteilung von unten nach oben. Dass das EEG einer grundlegenden Reform bedarf, ist inzwischen allgemein anerkannt. Der nordrhein-westfälische Energieminister, Garrelt Duin, stellte hierzu fest: „Die Grundidee eines veränderten erneuerbare Energiengesetzes muss lauten: Ökostrom muss sich stärker am Markt behaupten“.

Innerhalb von sieben Jahren ist die EEG-Umlage von 0,88 ct./kWh im Jahr 2006 auf 5,28 ct./kWh im Jahr 2013 angestiegen. Insbesondere wegen der Umlagesteigerung von rund 50 % im laufenden Jahr sind Medienberichten zufolge die deutschen Verbraucherstrompreise im Durchschnitt um ca. 12 % angestiegen. Für einen 4-Personen-

Datum des Originals: 19.02.2013/Ausgegeben: 19.02.2013

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Haushalt mit einem Stromverbrauch von 4.000 kWh wird dies in diesem Jahr zu durchschnittlichen Mehrkosten von rund 125 Euro führen. Aufgrund dessen sorgen sich private Haushalte, aber auch Handwerk, Mittelstand und Industrie zunehmend über weitere Strompreissteigerungen. Denn in der Vergangenheit hat der Anstieg der Umlage stets die Prognosen übertroffen.

Am 28. Januar 2013 gab Bundesumweltminister Altmaier bekannt, dass er mit einer drohenden Unterdeckung des Ökostrom-Kontos um bis zu 1,75 Milliarden Euro im Oktober 2013 rechne. In der Folge könnte die Umlage daher bis 2014 auf bis zu 6,29 Cent, im schlimmsten Fall sogar bis auf 7 Cent steigen. Dies würde weitere Preissteigerungen nach sich ziehen, obwohl die sogenannte Liquiditätsreserve als Bestandteil der EEG-Umlage 2013 erst von 390 Mio. Euro auf über 1,6 Mrd. Euro aufgestockt wurde.

Nachdem die FDP als erste Partei bereits im Sommer 2012 umfassende Vorschläge für die Reform des EEG unterbreitet hat, wird nunmehr seit Ende Januar 2013 auch parteiübergreifend über die mögliche Ausgestaltung der erforderlichen EEG-Reform intensiv diskutiert. Am 14. Februar haben sich Bund und Länder auf die Einsetzung einer entsprechenden Arbeitsgruppe geeinigt. Offen bleibt indes, ob und wann die angestrebte Reform in Kraft treten kann.

Da die Reformvorschläge zudem mehrheitlich darauf abzielen, zukünftige sprunghafte Anstiege der EEG-Umlage abzumildern, sind zur konkreten Entlastung der privaten Haushalte weitere Maßnahmen erforderlich. Denn bereits heute bestimmen die staatlichen Vorgaben wie Steuern, Abgaben und EEG-Umlage rund 50 % des Verbraucherstrompreises und stellen für kleine und mittlere Haushalte eine erhebliche finanzielle Belastung dar. Zu Recht forderte der frühere Umweltminister Klaus Töpfer (CDU) in der vergangenen Woche, dass die Kosten der Energiewende gerechter verteilt werden müssten und nicht vornehmlich von den sozial Schwachen zu tragen seien.

Vor dem Hintergrund weiterer greifbarer Kostensteigerungen ist eine Senkung der Stromsteuer der kurzfristig zielführendste Weg, um eine spürbare Entlastung bei den Stromkosten zu erreichen. Während jedoch der grüne Umweltminister Johannes Remmel meint, eine Absenkung der Stromsteuer bringe unerwünschte Effekte, fordern führende Vertreter der SPD – allen voran Ministerpräsidentin Hannelore Kraft – folgerichtig eine Senkung der Stromsteuer, „um die Bürger wirklich zu entlasten“.

II. Der Landtag stellt fest:

In der Vergangenheit sind die Energiepreise für private Verbraucher spürbar gestiegen. Gerade der Strompreis wird sich in den kommenden Jahren aufgrund der ihn belastenden Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz und voraussichtlich steigender Netzentgelte deutlich erhöhen. Dies beeinträchtigt einerseits den inländischen Konsum, verschafft andererseits dem Staat aber Steuermehreinnahmen durch die auf den erhöhten Strompreis erhobene Mehrwertsteuer.

Um auf Seiten der privaten Verbraucher eine Entlastung zu schaffen, bietet sich eine Zurückführung der Stromsteuer in dem Umfang an, wie dem Staat durch den erhöhten Strompreis Steuermehreinnahmen entstehen.

III. Beschlussfassung:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, eigene Vorschläge in die Bund-Länder Arbeitsgruppe zur EEG-Reform einzubringen und darüber dem Landtag rechtzeitig vor dem Energiegipfel am 21./22. März 2013 zu berichten.

Ferner wird die Landesregierung aufgefordert, sich auf allen Ebenen, insbesondere im Rahmen der Bund-Länder Arbeitsgruppe, für eine Absenkung der Stromsteuer einzusetzen.

Christian Lindner
Christof Rasche
Dietmar Brockes
Ralph Bombis
Henning Höne

und Fraktion